

## **Zustimmung zur Großen Koalition**

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich werbe für Eure Zustimmung zur Großen Koalition. Ich versuche es mit meinen persönlichen Gründen:

### 1. Große Koalition ist **Risiko und Chance**

**1966** – nach drei krachend verlorenen Bundestagswahlen 1957, 1961 und 1965 - wäre Willi Brandt als Regierender Bürgermeister in Berlin versauert, in der Regierung der Großen Koalition konnte er als Außenminister und Vizekanzler noch unter Kanzler Kiesinger „seine“ Ostpolitik beginnen und nach der Wahl 1969 als Kanzler fortsetzen. Das war großartig, aber der Großen Koalition geschuldet...Chance genutzt!

### 2. Es wurde viel im **Koalitionsvertrag** erreicht

Das Ergebnis des Koalitionsvertrages ist gut. Ich muss nicht alles aufzählen, das steht im Brief des Vorstandes. Für mich sind folgende Punkte entscheidend:

- Mit dem **Mindestlohn**, dem **Kampf gegen die Leiharbeit** und das **Werkvertragsunwesen** haben wir einen guten Einstieg in die Wiederherstellung ordentlicher Arbeitsmarktbedingungen. **Für mich ist das die zentrale gesellschaftspolitische Reform.**
- Dazu kommt die **Stärkung der Gewerkschaften**, deren Tarifkompetenz mit dem **Versprechen der Allgemeinverbindlichkeitserklärungen** Vorrang erhält. Der Austritt aus dem Arbeitgeberverband führt nicht mehr zur Tariflosigkeit im Betrieb.
- Auch mit dem Prinzip, **ein Betrieb, ein Tarif** gewinnen die Gewerkschaften.
- Diese Stärkung der Gewerkschaften ist auch deshalb **von größter strategischer Bedeutung**, weil jetzt nicht mehr nur der Staat handeln muss, sondern die Gewerkschaften und Arbeitgeber ihre Gestaltungsmacht für den Arbeitsmarkt und die Sozialpolitik zurückerhalten. Das ist Gestaltungsmacht in unserem Sinn.
- Mit den **Rentenänderungen** erreichen wir die Menschen wieder, die wir mit unserer Rentenpolitik schwer verärgert haben. Die Lösung, abschlagsfrei **nach 45 Versicherungsjahren mit 63 Jahren in Rente** gehen zu können wird anerkannt, hier haben sich viele in ihrer Lebensplanung betrogen gefühlt, durch die SPD. Der IGM-Bevollmächtigte in Bayern, der Genosse Jürgen Wechsler hat in Nürnberg am 1. Dezember berichtet, dass dies in den Betrieben mit großer Zustimmung diskutiert wird (er stimmt - wie übrigens alle Gewerkschaftsvorsitzenden - der Großen Koalition ausdrücklich zu).
- Die Regelungen für die **Verbesserung der Kommunal Finanzen** werden einhellig begrüßt (fragt den Präsidenten des Deutschen Städtetags Uli Maly).
- Ein Aspekt noch – wir bekommen mit dem **Wegfall der Optionspflicht** bei den in Deutschland geborenen Ausländerkindern den Einstieg in ein neues Ausländerrecht, das zieht nach meiner Überzeugung weitere positive Regelungen über kurz oder lang nach sich.

### 3. Was hat die SPD, haben wir Mitglieder **in der Abwägung** noch zu bedenken

- Wer zum Bundestag kandidiert, erklärt seine Bereitschaft Verantwortung zu übernehmen, ein Schmolllwinkel ist im Grundgesetz nicht vorgesehen.
- Wir Sozialdemokraten regieren in 13 von 16 Bundesländern allein oder mit anderen (außer Bayern, Hessen und Sachsen), als **Bundesratsmehrheit** sind wir bei allen wichtigen Vorhaben gefordert, eine Blockadepolitik dort ist nicht durchzuhalten. Dann

ist es schon klüger, wir regieren gleich im Bund mit und sitzen – als starker Partner mit der Bundesratsmehrheit – am Kabinetttisch und nicht am Katzentisch, wo von Fall zu Fall entschieden wird.

- Wir wären im Ablehnungsfall drei Bundestagssitzungen von **Neuwahlen** entfernt, bitte lest Artikel 63 Grundgesetz. Erste Sitzung vor Weihnachten mit Kanzlerwahl auf Vorschlag des Bundespräsidenten, keine absolute Mehrheit, zweite Sitzung innerhalb von 14 Tagen, Kanzlerwahl im Bundestag ohne Vorschlag, wieder keine absolute Mehrheit, sofort neuer Wahlgang, es genügt die relative Mehrheit. Der Bundespräsident ernennt den Kanzler, die Kanzlerin oder löst gleich den Bundestag auf. Sonst dritte Sitzung, Ende Januar vielleicht, mit **Vertrauensfrage** gemäß Artikel 68 Grundgesetz, wie von Brandt, Kohl und Schröder praktiziert, bliebe sie – durch Enthaltung der CDU/CSU - ohne absolute Mehrheit, gibt es **Neuwahlen um Ostern** herum. Dafür würden wir von den Wählern zu recht grimmig abgestraft: weil wir nicht bereit waren, wie von der großen Mehrheit der Bevölkerung gewünscht, Verantwortung zu übernehmen, weil wir für ein halbes Jahr politischen Stillstand im Land verantwortlich wären, weil wir die die zum Greifen nahen Verbesserungen für viele Menschen links liegen ließen und auch noch schuld an den „teuren“ Neuwahlen sein würden.

4. Eine Ablehnung des Koalitionsvertrages würde die SPD in die **größte Krise seit 1945** stürzen. Der gesamte Parteivorstand müsste ja zurücktreten, wenn ihm die Partei die Gefolgschaft versagt. Schließlich tragen alle Mitglieder des Parteivorstandes – von links bis rechts - das Ergebnis der Verhandlungen mit.

Die große Einigkeit die jetzt unter den Verantwortlichen unserer Partei herrscht, das gewachsene Selbstbewusstsein, die spürbare Geschlossenheit in der Sache, aber auch im persönlichen Umgang würden verspielt.

Die Grundlage für ein neues Miteinander der SPD mit den Gewerkschaften würde wieder wegfallen.

Wie wollen wir in Bayern Kommunalwahlen mit einem derartigen Debakel bestreiten? Wie die Europawahlen im Juni?

Bitte, liebe Genossinnen und Genossen, denkt an das Land und seine Bürger. **Die Koalition ist ein Arbeitsauftrag für vier Jahre, der Koalitionsvertrag eine Vorhabensliste für die jetzt überschaubaren Probleme der Politik in Deutschland.** Wir ändern nicht unser Parteiprogramm und verraten auch nicht unsere über den Vertrag hinausgehenden Ziele. Wir erledigen schlicht unsere Aufgaben, die wir als Partei mit der Teilnahme an der Bundestagswahl übernommen haben.

Mit herzlichen Grüßen  
Euer Helmut Ritzer